

<b>Protokoll:</b>	<b>Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	61
		<b>TOP:</b>	3
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	16/2023
		<b>GZ:</b>	SI
<b>Sitzungstermin:</b>	19.06.2023		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BMin Fezer		
<b>Berichterstattung:</b>	Frau Jongkind-Schweitzer (SozA)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Kappallo / fr		
<b>Betreff:</b>	<b>42. Bericht über Geflüchtete und Spätaussiedler in der Landeshauptstadt Stuttgart</b>		

Vorgang: Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 24.04.2023, öffentlich, Nr. 50  
 Ergebnis: Einbringung  
 Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 08.05.2023, öffentlich, Nr. 76  
 Ergebnis: Kenntnisnahme

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 14.04.2023, GRDRs 16/2023.

Nachdem der 42. Bericht über Geflüchtete und Spätaussiedler in der Landeshauptstadt Stuttgart ausführlich im Sozial- und Gesundheitsausschuss (SGA) am 08.05.2023 (siehe NNr. 76) thematisiert worden ist, wird auf eine Einführung verzichtet.

StRin Ciblis (90/GRÜNE) bedankt sich bei allen Mitarbeiter\*innen, den Sozialdienstleistenden sowie den Ehrenamtlichen für ihre gute Arbeit bei der Betreuung der Geflüchteten. Dem Dank schließen sich im Verlauf der Aussprache die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (JHA) an.

StRin Ciblis geht besonders auf die Situation von Kindern und Jugendlichen in den Flüchtlingsunterkünften ein und erkundigt sich nach einer kindgerechten Ausstattung in den Unterkünften sowie nach der Sicherheit von Kindern und Jugendlichen. Frau Jongkind-Schweitzer (SozA) unterrichtet, die Ausstattung in punkto Sicherheit sei vorgenommen worden. Die Umsetzung von 10 m<sup>2</sup> für die Kinderzimmer setze die räum-

lichen Möglichkeiten voraus, die nicht vorhanden seien. Dieser Sachverhalt wird auch von Frau Haller-Kindler (OB-KB) geschildert. Bezogen auf das Gewaltschutzkonzept, das für alle Unterkünfte gelten soll, teilt Frau Jongkind-Schweitzer mit, dieses werde aktuell in ihrem Sachgebiet erarbeitet. Sie gehe von einer Umsetzung des Konzepts in 2024 aus.

Bezogen auf die 2.622 Kinder und Jugendlichen in den Gemeinschaftsunterkünften interessiert StRin Ciblis, ob die Angemessenheit der Räumlichkeiten für diese Zielgruppe überprüft worden ist. Bis auf sehr wenige Unterkünfte seien fast alle für Kinder und Jugendliche geeignet, informiert Frau Jongkind-Schweitzer. Zu dem Containerdorf auf der Waldau bemerkt StRin Ciblis, in den Containern werde es besonders für kleine Kinder zu heiß im Sommer. Interimsweise werden Container durch bessere Container ausgetauscht, so Frau Jongkind-Schweitzer. In den Containern, in denen es sehr heiß geworden ist, seien keine Kinder unter zwei Jahren untergebracht worden.

Zu den Beratungsangeboten für Familien fragt StRin Ciblis, wie häufig diese wahrgenommen werden und ob den Familien klar sei, dass sie einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung haben. Informationen zu Möglichkeiten der Kinderbetreuung müssten den geflüchteten Familien vorliegen, so Frau Jongkind-Schweitzer, zumal diese Familien von Mitarbeitenden der Sozialbetreuung begleitet werden. Als Erfolgsmodell in der Kindertagesbetreuung bezeichnet Frau Dr. Heynen (JugA) die Spielstuben. Hierzu werde es eine gesonderte Vorlage "Ausbau des Angebots 'Spielstuben' an Flucht- und Gemeinschaftsunterkünften" geben, mit dem Vorschlag einer Erhöhung der Spielstuben auf 20 Einrichtungen. Die Weiterführung der Spielstuben in den Unterkünften sieht StRin Ciblis als richtige Maßnahme an.

Zum Kindeswohl bittet StRin Ciblis um Auskünfte, ob dieses bei steigender Gewalt in den Familien in den Blick genommen werde. Frau Jongkind-Schweitzer möchte die Frage, ob die Fallzahlen tatsächlich gestiegen seien, an die Fachverwaltung des Jugendamtes weitergeben. Die Meldungen zum Kinderschutz sowie zur häuslichen Gewalt hätten zugenommen, erörtert Frau Dr. Heynen. Ein überproportionaler Prozentsatz von Kindern aus geflüchteten Familien befände sich in Obhutnahme - wobei diese Situation sich in drei Wochen wieder ändern könnte. Insgesamt sei die Belastung des Jugendhilfesystems hoch. Die Leistungen der Mitarbeiter\*innen in den Beratungszentren, in der Inobhutnahme sowie bei den Hilfen zur Erziehung kämen an ihre Grenzen, so die Jugendamtsleiterin.

Zu den unbegleitet minderjährigen Flüchtlingen mit einem Anstieg um 77 % wirft StRin Ciblis die Frage auf, wie die Fachverwaltung mit diesem Umstand zurechtkomme, und ob für geflüchtete Mädchen und junge Frauen Schutz- und Ruheräume zur Verfügung stünden. Die Zahlen im vorliegenden Bericht seien nicht aktuell, legt Frau Dr. Heynen dar. Die Zahlen seien extrem gestiegen mit der Folge, das Jugendhilfesystem an die Belastungsgrenze zu bringen. In engem Austausch werde mit dem Landes-Jugendamt, dem Landes-Jugendhilfeausschuss sowie dem Sozialministerium an Lösungen gearbeitet. Im nächsten JHA werde die Entwicklung im Bereich der Inobhutnahme für unbegleitet minderjährige Ausländer\*innen (UMA ION) vorgestellt.

StRin Ciblis äußert im weiteren Verlauf, sie lege großen Wert auf eine verlässliche Ganztagsbetreuung in den Grundschulen für diese Kinder. Wobei der Ausbau der Vorbereitungsklassen (VKL) von StRin Ciblis unterstrichen wird.

StR Dr. Nopper (CDU) wirft die Frage auf, wie sich die Situation von Geflüchteten in Stuttgart im letzten Jahr entwickelt habe, nachdem der 42. Bericht den Berichtszeitraum vom 01.07.2021 bis 30.06.2022 umfasse. Hierzu führt Frau Jongkind-Schweitzer aus, die Situation habe sich nicht verschärft und sich in einem "moderaten Krisenmodus" eingependelt. Allerdings werde von einem "Netto-Zugang" von 150 geflüchteten Personen pro Monat ausgegangen. Zu den ergänzenden Lernangeboten, wie das Lernmobil sowie das Pop-up-Lernen interessiert StR Dr. Nopper die Annahme der Angebote vonseiten der Geflüchteten. Die Angebote werden gut angenommen, so Frau Jongkind-Schweitzer. Allerdings werden weitere Lernmobile benötigt. Frau Haller-Kindler ergänzt, ein weiteres Lernmobil wäre sehr gut einsetzbar. Eine Idee sei, für die Bibliotheken in der Stadt Stellenanteile für Bibliothekar\*innen zu schaffen, da Kinder und Jugendliche in die Räumlichkeiten kämen, um zu lernen. Darüber hinaus hätten Kinder und Jugendliche Bedarfe, beim Lernen begleitet zu werden.

Frau Dr. Heynen geht auf Fragen der Jugendhilfe ein und betont, alle Kinder und junge Menschen seien Stuttgarter Kinder und Jugendliche aus Sicht der Jugendhilfe. Das SGB VIII gelte für diese Kinder. Die wichtigsten Kooperationspartner\*innen stellten die Mitarbeiter\*innen in den Unterkünften dar, neben den elf Beratungszentren in den Steuerungsbereichen der Abteilung Familie und Jugend.

Hinsichtlich der Einrichtung von "Kinder-Sprechstunden" erkundigt sich StRin Meergans (SPD) nach möglichen Rückschlüssen auf die Lebenssituation der Kinder stadtweit. Die Kinder-Sprechstunde liefere einen besseren Zugang zu Kindern und Jugendlichen, so Frau Haller-Kindler, sowie die Möglichkeit, Kinder über ihre Rechte aufzuklären und mit ihnen über ihre Situation ins Gespräch zu kommen. Eine Arbeitsgruppe verknüpfe die Themen, die bei den Sozialarbeitenden in der Kindersprechstunde aufkämen, mit dem Kinderbüro sowie dem Sozialamt, wobei dann unmittelbar auf die Bedarfe reagiert werden könne.

Angesichts der sexualisierten Gewalt von Mädchen und Jungen erkundigt sich StRin Hübsch (PULS), unter welcher Rubrik auf der Homepage der Stadt Beratungsmöglichkeiten gefunden werden können. StRin Meergans bittet um Auskunft zu den Vorbereitungsklassen, inwiefern die Versorgung dieser Kinder gelungen sei und wie sich die Aufnahme in den Ganztage gestalte. Das Problem sei, die Vorbereitungsklassen beinhalteten nur wenige Stunden Unterricht, erörtert Frau Haller-Kindler. Die Kinder könnten nicht am Mittagessen teilnehmen und seien direkt wieder in den Gemeinschaftsunterkünften. Das Land müsse die Beschulung bis zum Zeitpunkt, wo der "Ganztage" beginnt, finanzieren. Das Problem sei aktuell noch nicht gelöst. Solange die Kinder in den Vorbereitungsklassen beschult werden, was länger dauern könnte, könnten diese Kinder nicht am Ganztage teilnehmen. Den Zugang zum Mittagessen sowie zu den Spielangeboten hätten die meisten Kinder in den VKL nicht, betont Frau Haller-Kindler. StRin Meergans bringt erneut die Frage ein, wie die Kinder aus den Vorbereitungsklassen in den Ganztage übernommen werden könnten. Dazu teilt die Vorsitzende mit, auch hierbei handle es sich um ein Ressourcenproblem. Die Kinder benötigten eine fremdsprachliche Betreuung im Ganztage. Die Personen, die die VKL betreiben, müssten länger bleiben, um den Ganztage zu betreuen. Die Verwaltung sehe die Notwendigkeit. Es gebe zu diesem Thema eine Arbeitsgruppe, die sich abstimme und vernetze, um die Angebote im Umfeld der Gemeinschaftsunterkünfte auszuweiten. Sie nehme sich des Themas VKL und Ganztage an und werde dazu konkreter berichten. StRin Meergans regt an, das Thema in einer der nächsten Schulbeiratssitzungen aufzurufen. Die Vorsitzende sagt zu, das Thema aufrufen zu wollen.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat von der GR Drs 16/2023 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / fr

## Verteiler:

- I. Referat SI  
zur Weiterbehandlung  
Sozialamt  
SI-IP  
SI-BB
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. OB-ICG
  3. OB-KB
  4. *Referat AKR*  
*Haupt- und Personalamt*
  5. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)  
Liegenschaftsamt (2)
  6. Referat SOS  
Amt für öffentliche Ordnung
  7. Referat JB  
Schulverwaltungsamt (2)  
Jugendamt (2)  
JB-BiP
  8. Referat SWU  
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
  9. Referat T  
Hochbauamt (2)
  10. Amt für Revision
  11. L/OB-K
  12. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. CDU-Fraktion
  3. SPD-Fraktion
  4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*  
*LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
  6. FDP-Fraktion
  7. Fraktion FW
  8. AfD-Fraktion
  9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

*kursiv = kein Papierversand*